
Rechenschaftsbericht

**des Verwaltungsgerichts
und der unteren Instanzen
der externen Verwaltungsrechtspflege
des Kantons Thurgau**

über das Jahr 2021

Inhaltsverzeichnis

A. Verwaltungsgericht	4
1. Allgemeines und Verwaltungsgeschäfte	4
2. Gerichtstätigkeit	10
2.1. Verwaltungsgericht	10
2.2. Versicherungsgericht	14
2.3. Abschreibungen	16
2.4. Weiterzüge Entscheide Verwaltungsgericht	17
2.5. Weiterzüge Entscheide Versicherungsgericht	18
3. Aufsicht	19
4. Besetzung / Personelles	19
4.1. Besetzung des Gerichts (Stand 31. Dezember 2021)	19
4.2. Personelles	20
B. Untere externe Instanzen	21
1. Tätigkeit	21
1.1. Steuerrekurskommission	21
1.2. Rekurskommission für die Gebäudeversicherung	25
1.3. Rekurskommission für Strassenverkehrssachen	26
1.4. Rekurskommission für Landwirtschaftssachen	28
1.5. Enteignungskommission	29
1.6. Personalrekurskommission	30
2. Besetzung (Stand 31. Dezember 2021)	32
2.1. Steuerrekurskommission	32
2.2. Rekurskommission für die Gebäudeversicherung	33
2.3. Rekurskommission für Strassenverkehrssachen	33
2.4. Rekurskommission für Landwirtschaftssachen	34
2.5. Enteignungskommission	35
2.6. Personalrekurskommission	36

Sehr geehrte Frau Präsidentin
Sehr geehrte Kantonsrätinnen und Kantonsräte

In Nachachtung der Bestimmungen von § 37 Abs. 2 der Kantonsverfassung und § 34 des Gesetzes über die Verwaltungsrechtspflege erstatten wir Ihnen Bericht über die Tätigkeit des Verwaltungsgerichts und der unteren Instanzen der externen Verwaltungsrechtspflege.

Form und Gliederung der einzelnen Tätigkeitsbereiche gestalten sich weitgehend gleich wie in den Vorjahren.

Wir bitten Sie, sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Kantonsräte, um Genehmigung unseres Rechenschaftsberichts.

Weinfelden, 15. März 2022

Der Verwaltungsgerichtspräsident
Richard Weber

Der leitende Verwaltungsgerichtsschreiber
Jörg Zehnder

A. Verwaltungsgericht

1. Allgemeines und Verwaltungsgeschäfte

Die Geschäftslast im Jahr 2021 weist ein Total (Verwaltungsgericht und Versicherungsgericht) von 512 Neuzugängen auf. Das bedeutet im Vergleich zum Vorjahr (536 Neuzugänge) eine geringe Reduktion. Dabei stiegen die Eingänge im Bereich des allgemeinen Verwaltungsrechts von 194 im Vorjahr auf 208, währenddem sie sich im Bereich des Versicherungsgerichts von 342 auf 304 reduzierten.

Die Zahl der Erledigungen betrug im Berichtsjahr insgesamt 511 (Vorjahr 492) Fälle. 358 (Vorjahr 357) Fälle waren Ende Jahr noch pendent.

Das Gericht kam in 42 (Vorjahr 41) ordentlichen Sitzungen zur Beratung zusammen und führte 15 (Vorjahr 13) Augenscheine durch. Zudem fanden 5 (Vorjahr 5) mündliche, öffentliche Verhandlungen und 0 (Vorjahr 2) Beweisverhandlungen des Gerichts statt.

Das Gericht hat in 8 Plenarsitzungen über grundsätzliche Fragen, Stellungnahmen und Verwaltungsangelegenheiten beraten und entschieden.

Trotz der pandemiebedingt anhaltend schwierigen Situation im abgelaufenen Berichtsjahr und den dabei zu bewältigenden Herausforderungen ist es auch 2021 gelungen, den Gerichtsbetrieb so zu organisieren, dass die Effizienzverluste in Grenzen gehalten werden konnten. Alle Mitglieder und Mitarbeitenden des Verwaltungsgerichts haben dazu ihren Beitrag geleistet, sei es durch die freiwillige Teilnahme an den seit Ende Mai 2021 wöchentlich durchgeführten Corona-Tests, sei es durch die konsequente Einhaltung der angeordneten Massnahmen und ein verantwortungsvolles Verhalten in der Freizeit, sei es generell durch ein durchgehend besonnenes Verhalten in diesem schwierigen Umfeld. Dies gilt es auch an dieser Stelle zu verdanken.

Das Verwaltungsgericht hat diverse Vernehmlassungen und Mitberichte zu Gesetzesvorlagen und Verordnungsänderungen abgegeben.

1. Beim Entwurf zur Totalrevision des Gesetzes über den Finanzhaushalt des Staates äusserte es sich zu Unklarheiten betreffend § 100.

2. Zum Entwurf für ein Gesetz über das Öffentlichkeitsprinzip (ÖffG) wurde ausgeführt, dass es bei § 2 Abs. 2 begrüsst würde, wenn diese Bestimmung negativ formuliert wäre, also der Grundsatz zum Ausdruck käme, dass das ÖffG für richterliche Behörden grundsätzlich nicht gilt. Eine solche Regelung würde auch eher dem im erläuternden Bericht vom 8. Dezember 2020 auf Seite 6 erwähnten Anliegen einer verständlichen und adressatengerechten Formulierung entsprechen. In § 3 Abs. 2 sei das Wort "hängig" zu streichen bzw. es sei explizit der Hinweis anzubringen, dass das Gesetz auch in abgeschlossenen Verfahren nicht angewendet werde. Dies entspreche der Regelung im Bundesgesetz über das Öffentlichkeitsprinzip in der Verwaltung, wie sich der entsprechenden Botschaft (BBl 2003 S. 1989) entnehmen lasse, und erscheine sachgerecht. Der Grundsatz der Öffentlichkeit von Verfahren von staatlichen Gerichten ergebe sich aus Art. 30 Abs. 3 der Bundesverfassung. Weitere Regelungen fänden sich sodann in den anwendbaren Prozessordnungen. Der Entscheid über die Einsichtnahme in die sich bei einer Justizbehörde befindlichen Dokumente sollte unabhängig vom Verfahrensstand einzig bei der entsprechenden Behörde liegen, ohne Einbezug einer/eines Datenschutz- und Öffentlichkeitsbeauftragten. § 12 Abs. 4 sei ersatzlos zu streichen. Auf jeden Fall sei der Passus zu entfernen, wonach aus den Protokollen nicht wörtlich zitiert werden dürfe. Die Einsichtnahme in Protokolle parlamentarischer Kommissionen wäre gestützt auf § 12 Abs. 3 des Entwurfs nur einem eingeschränkten Personenkreis möglich. Gerade im Bereich der diesbezüglich erfassten Rechtsanwendung könne es jedoch erforderlich sein, dass aus solchen Protokollen zitiert werden könne; andernfalls würde eine historische Auslegung im Rahmen der Rechtsanwendung verunmöglicht. § 16 sei zu eng gefasst, indem er lediglich für den Bereich des Rechtsschutzes die Anwendbarkeit des Gesetzes über die Verwaltungsrechtspflege (VRG) vorsehe. Sofern die übrigen Abschnitte des VRG, insbesondere die allgemeinen Verfahrensvorschriften, im Bereich des ÖffG nicht zur Anwendung gelangen sollten, wären grundsätzliche Fragen wie etwa der Ausstand, die Amtssprache sowie Form der Eröffnung von Entscheiden nicht explizit geregelt. Es erscheine daher sinnvoll, den Bereich der anwendbaren VRG-Bestimmungen auszuweiten und den Titel des aktuellen § 16 des Entwurfs entsprechend anzupassen.
3. Im Rahmen der Vernehmlassung zur Teilrevision der Verordnung des Regierungsrates zur Besoldungsverordnung (RRV BesVO) und der Verordnung des Regierungsrates über die Rechtsstellung des Staatspersonals (RSV) wurde eine Präzisierung von § 8 Abs. 1 RRV BesVO und von § 54 Abs. 3 RSV angeregt.

Eine Teilnahme an Weiterbildungsveranstaltungen im Berichtsjahr war in eingeschränktem Umfang wieder möglich. So wurden die Sozialversicherungsrechtstagung und die Tagung zu aktuellen Rechtsfragen im Bau-, Planungs- und Umweltrecht in Luzern, die Tagung über Lichtimmissionen in Bern und das Seminar betreffend Trends im öffentlichen Beschaffungswesen in Zürich besucht. Die Tagung der schweizerischen Sozialversicherungsrichter wurde online durchgeführt, währenddem bei der schweizerischen Verwaltungsrichtertagung in St. Gallen im September 2021 wieder eine persönliche Teilnahme möglich war.

Am 10. März 2021 wählte Ihr Rat RA lic. iur. Christa Locher, die beim Sozialversicherungsgericht des Kantons Zürich und bei der Steuerrekurskommission des Kantons Thurgau tätig gewesen war, mit Amtsantritt 1. August 2021 als Nachfolgerin der auf 31. Juli 2021 zurückgetretenen Rita Wenger-Lenherr zur neuen Verwaltungsrichterin. Rita Wenger-Lenherr wurde vom Grossen Rat am 2. Oktober 1989 zur ersten Verwaltungsrichterin des Kantons Thurgau gewählt. Während mehr als 30 Jahren erlebte sie verschiedene Änderungen des Gerichts, so die Einführung der Genereralklausel mit einer grundsätzlich umfassenden Zuständigkeit des Gerichts in Verwaltungsrechtssachen, den Wechsel des Gerichtsstandorts von Frauenfeld nach Weinfelden, die Übertragung der Zuständigkeit im gesamten Sozialversicherungsbereich und den dadurch erforderlichen personellen Ausbau. Rita Wenger-Lenherr hat durch ihr Wirken beim Gericht die Verwaltungsrechtsprechung in unserem Kanton geprägt. Dabei waren für das Gericht ihre profunden Rechtskenntnisse auch in anderen Rechtsgebieten, insbesondere im Familien- und Erbrecht, ausgesprochen wertvoll. Das Gericht ist ihr sehr dankbar für ihre hervorragende Tätigkeit.

Ab Anfang des Berichtsjahrs wurde RA MLaw Lars Vontobel im Rahmen eines befristeten Pensums als Gerichtsschreiber angestellt. Diese befristete Anstellung konnte durch Genehmigung des Budgets 2022 auf Januar 2022 in ein unbefristetes Dienstverhältnis umgewandelt werden. Ebenso ist MLaw David Frischknecht ab 1. Juni 2021 als Nachfolger der Gerichtsschreiberin RA Mag. Jur. Katharina Meienberg, die als Gerichtsschreiberin zum Bezirksgericht Kreuzlingen wechselte, gewählt worden.

Wie jedes Jahr werden die grundsätzlichen Entscheide in der separaten Reihe TVR publiziert. Seit letztem Jahr erscheint diese Publikation nur noch elektronisch und nicht mehr in Papierform und ist dann - ebenso wie dieser Rechenschaftsbericht - über Internet (www.verwaltungsgericht.tg.ch) abrufbar.

Verwaltungsgericht

Die Zahl der Neueingänge im Bereich des allgemeinen Verwaltungsrechts erhöhte sich von 194 im Vorjahr auf 208.

Die Zahl der Erledigungen betrug 211 (Vorjahr 211) Fälle. Ende 2021 waren 99 Pendenzen (Vorjahr 102) zu verzeichnen, davon 1 aus dem Jahre 2015 (sistiert), 2 (sistiert) aus dem Jahr 2018 und 3 aus dem Jahr 2020.

Bezogen auf die einzelnen Sachgebiete im allgemeinen Verwaltungsrecht ergaben sich gegenüber dem Vorjahr verschiedene Veränderungen:

So erhöhten sich die Eingänge im Ausländerrecht von 24 auf 38. Die Beschwerden gegen Entscheide des Zwangsmassnahmengerichts (ZMG) reduzierten sich von 11 auf 9. Das ZMG, das über seine Tätigkeit dem Obergericht berichtet, hatte 2021 27 (2020 38) Verfahren im Ausländerbereich zu erledigen.

Im Bereich Steuern blieben die Eingänge mit 20 erneut unverändert zum Vorjahr. Im Bereich Gebühren und Beiträge gab es 6 Neueingänge gegenüber 4 im Vorjahr. Im Bereich Bau resultierten 53 Neueingänge gegenüber 42 im Vorjahr. Damit stiegen die Anzahl Beschwerdeverfahren nochmals erheblich an. Wie schon in den Vorjahren ergaben sich zahlreiche Neueingänge, da verschiedene Gemeinden aufgrund der bundesrechtlichen Vorgaben ihre Zonenpläne, aber auch ihre Schutzpläne, überarbeitet haben. Dabei gab es auch verschiedene Beschwerdeverfahren von Gemeinden gegen Entscheide des Departementes. Im Bereich Umweltrecht waren 2 neue Beschwerdeverfahren gegenüber 4 im Vorjahr zu verzeichnen. Im Submissionsbereich stiegen die Neueingänge mit 6 Verfahren gegenüber dem Vorjahr mit 4 Verfahren. Im Sozialhilfebereich gab es eine Abnahme von 26 Verfahren im Vorjahr auf 21 Verfahren. Bei den SVG Verkehrsanordnungen gab es eine Zunahme von 5 Verfahren auf 9 Verfahren. Die Beschwerden betreffend SVG Administrativmassnahmen nahmen mit 11 Neueingängen gegenüber 4 im Vorjahr erheblich zu. Die Neueingänge in der Rubrik „Tierschutz“ reduzierten sich von 6 im Vorjahr auf 1. Im Sachgebiet „Strafgesetz“ reduzierten sich die Eingänge leicht von 4 auf 3. Im Bereich EG ZGB und Flurrecht wurden 2 (2020 5) neue Beschwerdeverfahren anhängig gemacht.

Die Eingänge an Klagen im Bereich der Verantwortlichkeit stiegen von 6 im Vorjahr auf 7.

Das Präsidium des Verwaltungsgerichts ist für die Überprüfung von Anordnungen der Polizei gemäss Polizeigesetz (Rechtsbuch 551.1) zuständig. 2021 wurde kein Verfahren (2020 1) in diesem Bereich anhängig gemacht.

Mit 2 Verfahren (Vorjahr 3) im Rahmen der Vollstreckung gemäss § 86 Abs. 3 des Gesetzes über die Verwaltungsrechtspflege (VRG, Rechtsbuch 170.1) hat sich gegenüber dem Vorjahr nur eine geringe Veränderung ergeben.

42 (Vorjahr 56) Entscheide im Bereich Verwaltungsrecht wurden 2021 an das Bundesgericht weitergezogen (vgl. die entsprechende Tabelle auf S. 17). Gleichzeitig fällte das Bundesgericht in 33 (im Vorjahr 56) Verfahren einen Entscheid. Im Berichtsjahr erledigte das Bundesgericht 19 (im Vorjahr 30) Beschwerden durch Abweisung, 10 (im Vorjahr 16) durch Nichteintreten, 3 (im Vorjahr 7) durch vollständige und 1 (im Vorjahr 3) durch teilweise Gutheissung. 29 (im Vorjahr 20) Beschwerden, wovon 24 aus dem Berichtsjahr und 5 aus dem Jahr 2020 stammen, waren Ende Jahr beim Bundesgericht noch pendent.

Verwaltungsgericht als Versicherungsgericht

Das Verwaltungsgericht als Versicherungsgericht hatte im Berichtsjahr 304 Neueingänge und somit 38 weniger als im Vorjahr (342) zu verzeichnen. 300 (im Vorjahr 281) Fälle wurden erledigt. Die Zahl der Ende Jahr pendenten Verfahren nahm von 255 (2020) erneut auf 259 (2021) zu. Von den 259 Pendenzen stammen 1 (sistiert) aus dem Jahr 2016, 1 (sistiert) aus dem Jahr 2017, 3 (1 sistiert) aus dem Jahr 2018, 8 (2 sistiert) aus dem Jahr 2019 und 33 (3 sistiert) aus dem Jahr 2020.

Im Bereich der Invalidenversicherung hat sich der Eingang der Beschwerdeverfahren von 153 auf 138 reduziert. Im Sachgebiet der Unfallversicherung hat sich der Eingang von neuen Beschwerden von 49 auf 30 erheblich reduziert. Die Anzahl Neueingänge im Sachgebiet der Ergänzungsleistungen bildete sich von 37 auf 32 zurück. Die Eingänge in den Verfahren in Zusammenhang mit der Arbeitslosenversicherung nahmen nochmals von 57 im Vorjahr auf 60 zu. Im Jahr 2018 waren noch lediglich 23 und im Jahr 2019 38 Neueingänge zu verzeichnen. Die Beschwerden in den Bereichen AHV, EO, FAK reduzierten sich von 23 im Jahr 2020 auf 12 im Berichtsjahr. Ebenso ist ein Rückgang im Bereich KVG mit 10 gegenüber 12 neuen Beschwerden im Vorjahr zu verzeichnen.

Nebst den Beschwerdeverfahren gingen auch 19 (im Vorjahr 9) neue Klagen ein, davon 5 (im Vorjahr 2) betreffend berufliche Vorsorge, 2 im Bereich KVG (im Vorjahr 4) und 12 (im Vorjahr 3) und damit erheblich mehr im Bereich der Zusatzversicherung zur Krankenversicherung (VVG). Im Berichtsjahr konnte ein sehr aufwendiger Fall im Bereich der Organhaftung der beruflichen Vorsorge, der Ende 2017 anhängig gemacht worden war, zum Abschluss gebracht werden. Dagegen wurden Beschwerden beim Bundesgericht eingereicht, die dort noch hängig sind.

2021 wurden 35 Entscheide des Verwaltungsgerichts als Versicherungsgericht und damit genau gleich viel wie im Vorjahr an das Bundesgericht weitergezogen (vgl. die entsprechende Tabelle auf S. 18). Das Bundesgericht erledigte 2021 insgesamt 27 (im Vorjahr 40) Beschwerden, davon 13 (im Vorjahr 16) durch Abweisung, 10 (im Vorjahr 15) durch Nichteintreten, 3 (im Vorjahr 4) durch vollständige und 1 (im Vorjahr 5) durch teilweise Gutheissung. 13 (im Vorjahr 5) Beschwerden (alle aus dem Berichtsjahr) blieben am Jahresende pendent.

2. Gerichtstätigkeit

2.1. Verwaltungsgericht

Geschäftsgang nach Sachgebieten

	Übertrag Vorjahr	Eingegangen	Total	Erledigt	Pendent
<i>Beschwerden</i>					
- Ausländerrecht AIG	13	38	51	36	15
- AIG Zwangsmassnahmen	7	9	16	15	1
- Bau	28	53	81	53	28
- Bodenrecht	0	1	1	1	0
- EG ZGB und Flurgesetz	2	2	4	2	2
- Gebühren und Beiträge	1	6	7	7	0
- Gewerbebewilligungen	0	1	1	1	0
- Opferhilfegesetz	1	0	1	1	0
- Personalrecht	1	2	3	1	2
- Schulwesen	1	2	3	1	2
- Sozialhilfe	18	21	39	28	11
- Steuern	7	20	27	16	11
- Stimmrecht	0	2	2	2	0
- Strafgesetz	2	3	5	3	2
- Submission	2	6	8	7	1
- SVG Admin. Massnahmen	2	11	13	8	5
- SVG Verkehrsanordnungen	2	9	11	5	6
- Tierschutz	7	1	8	8	0
- Umweltrecht	1	2	3	1	2
- Diverse Beschwerden	3	8	11	6	5
Total Beschwerden 2021	98	197	295	202	93
Total Beschwerden 2020	115	182	297	199	98
Total Beschwerden 2019	72	199	271	156	115

	Übertrag Vorjahr	Eingegangen	Total	Erledigt	Pendent
<i>Weitere Verfahren</i>					
Klagen					
- Verantwortlichkeit	3	7	10	5	5
- Diverse Klagen	0	1	1	0	1
Überprüfung Anordnung PolG	1	0	1	1	0
Revisionsbegehren	0	1	1	1	0
Vollstreckung	0	2	2	2	0
Total weitere Verfahren 2021	4	11	15	9	6
Gesamttotal 2021	102	208	310	211	99*
Gesamttotal 2020	119	194	313	211	102
Gesamttotal 2019	73	228	301	182	119

* von den 99 Pendenzen stammen 1 (sistiert) aus dem Jahr 2015, 2 (sistiert) aus dem Jahr 2018 und 3 aus dem Jahr 2020.

Die Herkunft der Beschwerdefälle zeigt die folgende Übersicht der Vorinstanzen

	2021	2020	2019
Regierungsrat	2	0	0
Departement für Inneres und Volkswirtschaft	6	11	4
Departement für Erziehung und Kultur	1	3	10
Departement für Justiz und Sicherheit	47	39	41
Departement für Bau und Umwelt	67	52	59
Departement für Finanzen und Soziales	24	32	34
Steuerrekurskommission	20	18	20
Rekurskommission für die Gebäudeversicherung	0	0	2
Rekurskommission für Strassenverkehrssachen	12	4	14
Rekurskommission für Landwirtschaftssachen	1	4	1
Enteignungskommission	0	0	0
Personalrekurskommission	1	2	3
Zwangsmassnahmengericht	9	11	0
Diverse und Gemeinden	7	6	11
Total	197	182	199

Art der Erledigung

	Gesamt- zahl	durch Ab- schreibung	Erledigungen durch Entscheid				
			Anzahl	Nichtein- treten	Ab- weisung	Gut- heissung	Teilweise Gutheissung
<i>Beschwerden</i>							
- Ausländerrecht AIG	36	2	34	4	22	3	5
- AIG Zwangsmassnahmen	15	0	15	0	6	3	6
- Bau	53	6	47	2	34	5	6
- Bodenrecht	1	0	1	0	0	1	0
- EG ZGB und Flurgesetz	2	0	2	0	1	0	1
- Gebühren und Beiträge	7	0	7	2	3	1	1
- Gewerbebewilligungen	1	0	1	0	0	1	0
- Opferhilfegesetz	1	0	1	0	0	1	0
- Personalrecht	1	0	1	0	0	1	0
- Schulwesen	1	0	1	0	1	0	0
- Sozialhilfe	28	3	25	1	14	5	5
- Steuern	16	2	14	2	6	4	2
- Stimmrecht	2	0	2	0	2	0	0
- Strafgesetz	3	0	3	1	2	0	0
- Submission	7	1	6	1	4	1	0
- SVG Admin. Massnahmen	8	1	7	2	3	1	1
- SVG Verkehrsanordnungen	5	3	2	0	2	0	0
- Tierschutz	8	0	8	0	7	0	1
- Umweltrecht	1	0	1	0	1	0	0
- Diverse Beschwerden	6	0	6	0	4	1	1
Total Beschwerden 2021	202	18	184	15	112	28	29
Total Beschwerden 2020	199	31	168	21	98	22	27
Total Beschwerden 2019	156	40	116	14	67	17	18

Erledigungen durch Entscheid							
	Gesamt- zahl	durch Ab- schreibung	Anzahl	Nichtein- treten	Ab- weisung	Gut- heissung	Teilweise Gutheissung
<i>Weitere Verfahren</i>							
Klagen							
- Verantwortlichkeit	5	1	4	2	2	0	0
Überprüfung Anordnung PolG	1	0	1	0	1	0	0
Revisionsbegehren	1	0	1	0	1	0	0
Vollstreckung	2	1	1	0	1	0	0
Total weitere Verfahren 2021	9	2	7	2	5	0	0
Gesamttotal 2021	211	20	191	17	117	28	29
Gesamttotal 2020	211	33	178	24	104	23	27
Gesamttotal 2019	182	41	141	16	72	35	18

2.2. Versicherungsgericht

Geschäftsgang nach Sachgebieten

	Übertrag Vorjahr	Eingegangen	Total	Erledigt	Pendent
<i>Beschwerden</i>					
- KVG	10	10	20	13	7
- UVG	38	30	68	30	38
- MVG	0	1	1	0	1
- AHV, EO, FAK	17	12	29	17	12
- IV	107	138	245	136	109
- EL	25	32	57	32	25
- ALV	34	60	94	57	37
Total Beschwerden 2021	231	283	514	285	229
Total Beschwerden 2020	170	331	501	270	231
Total Beschwerden 2019	157	288	445	275	170
<i>Weitere Verfahren</i>					
Klagen					
- BVG	5	5	10	5	5
- KVG	14	2	16	1	15
- VVG	4	12	16	7	9
Revisionsbegehren	1	2	3	2	1
Total weitere Verfahren 2021	24	21	45	15	30
Gesamttotal 2021	255	304	559	300	259*
Gesamttotal 2020	194	342	536	281	255
Gesamttotal 2019	169	309	478	284	194

* von den 259 Pendenzen stammen 1 (sistiert) aus dem Jahr 2016, 1 (sistiert) aus dem Jahr 2017, 3 (1 sistiert) aus dem Jahr 2018, 8 (2 sistiert) aus dem Jahr 2019 und 33 (3 sistiert) aus dem Jahr 2020

Art der Erledigung

	Erledigungen durch Entscheid						
	Gesamt- zahl	durch Ab- schreibung	Anzahl	Nichtein- treten	Ab- weisung	Gut- heissung	Teilweise Gutheissung*
<i>Beschwerden</i>							
- KVG	13	1	12	2	4	3	3
- UVG	30	3	27	1	14	0	12
- AHV / EO / FAK	17	0	17	4	7	0	6
- IV	136	11	125	6	74	8	37
- EL	32	4	28	0	15	1	12
- ALV	57	9	48	9	31	3	5
Total Beschwerden 2021	285	28	257	22	145	15	75
Total Beschwerden 2020	270	27	243	18	133	23	69
Total Beschwerden 2019	275	25	250	13	141	18	78
<i>Weitere Verfahren</i>							
Klagen							
- BVG	5	0	5	1	1	0	3
- KVG	1	0	1	0	0	0	1
- VVG	7	2	5	0	3	1	1
Revisionsbegehren	2	0	2	2	0	0	0
Total weitere Verfahren 2021	15	2	13	3	4	1	5
Gesamttotal 2021	300	30	270	25	149	16	80
Gesamttotal 2020	281	32	249	19	135	26	69
Gesamttotal 2019	284	27	257	13	144	21	79

* inkl. Rückweisungen

2.3. Abschreibungen

VERWALTUNGSGERICHT

Von den 20 Abschreibungen ergingen:

17	infolge Rückzugs
2	infolge Gegenstandslosigkeit
1	infolge Anerkennung
0	infolge Wiedererwägung
<u>0</u>	<u>infolge Vergleichs</u>
<u>20</u>	Total

VERSICHERUNGSGERICHT

Von den 30 Abschreibungen ergingen:

15	infolge Rückzugs
4	infolge Gegenstandslosigkeit
11	infolge Anerkennung
0	infolge Wiedererwägung
<u>0</u>	<u>infolge Vergleichs</u>
<u>30</u>	Total

2.4. Weiterzüge Entscheide Verwaltungsgericht

Anfang 2021 waren beim Bundesgericht noch 20 Beschwerden pendent.

42 Entscheide des Verwaltungsgerichts wurden 2021 an das Bundesgericht weitergezogen.

29 Beschwerden blieben am Jahresende 2021 pendent.

Die vom Bundesgericht behandelten Beschwerden stammen aus folgenden Sachgebieten:

	Weiter- züge	Urteile ergangen	Erledigungen			
			Abweisung	Abschr. / Nichteintreten	Gut- heissung	Teilweise Gutheissung
<i>Beschwerden</i>						
- Ausländerrecht AIG	12	10	6	2	1	1
- AIG Zwangsmassnahmen	2	0	0	0	0	0
- Bau	11	5	2	3	0	0
- Bodenrecht	1	1	0	0	1	0
- Gewerbebewilligungen	0	1	1	0	0	0
- Sozialhilfe	4	2	0	2	0	0
- Steuern	4	7	5	1	1	0
- Strafgesetz	1	1	0	1	0	0
- Stimmrecht	1	0	0	0	0	0
- Submission	1	0	0	0	0	0
- SVG Admin. Massnahmen	1	2	1	1	0	0
- Tierschutz	4	0	0	0	0	0
- Umwelt	0	4	4	0	0	0
Gesamttotal 2021	42	33	19	10	3	1
Gesamttotal 2020	56	56	30	16	7	3
Gesamttotal 2019	29	26	14	10	0	2

2.5. Weiterzüge Entscheide Versicherungsgericht

Anfang 2021 waren beim Bundesgericht noch 5 Beschwerden pendent.

35 Entscheide des Verwaltungsgerichts als Versicherungsgericht wurden 2021 an das Bundesgericht weitergezogen.

13 Beschwerden blieben am Jahresende 2021 pendent.

Die vom Bundesgericht behandelten Beschwerden stammen aus folgenden Sachgebieten:

	Weiter- züge	Urteile ergangen	Erledigungen			
			Abweisung	Abschr. / Nichteintreten	Gut- heissung	Teilweise Gutheissung
<i>Beschwerden</i>						
- KVG	3	2	0	1	1	0
- UVG	3	2	1	1	0	0
- AHV / EO / FAK	4	1	0	1	0	0
- IV	14	11	9	2	0	0
- EL	2	3	0	1	1	1
- ALV	7	7	2	4	1	0
<i>Weitere Verfahren</i>						
Klagen						
- BVG	1	0	0	0	0	0
- VVG	1	1	1	0	0	0
Gesamttotal 2021	35	27	13	10	3	1
Gesamttotal 2020	35	40	16	15	4	5
Gesamttotal 2019	42	47	30	10	3	4

3. Aufsicht

Im Rahmen der administrativen Aufsicht über die unteren Instanzen der externen Verwaltungsrechtspflege fand die jährliche Konferenz mit den Präsidentinnen und Präsidenten der Rekurskommissionen und der Enteignungskommission statt. Aus aufsichtsrechtlicher Sicht sind für dieses Jahr keine besonderen Bemerkungen anzubringen.

4. Besetzung / Personelles

4.1. Besetzung des Gerichts (Stand 31. Dezember 2021)

	<i>Amtsantritt</i>		<i>Geburtsjahr</i>
Präsident:	2008	Richard Weber, lic. iur., Rechtsanwalt	1959
Vizepräsident:	2004	Marc Stähli, Dr. iur., Rechtsanwalt	1965
Mitglieder:	2010	Michael Alde, lic. iur., Rechtsanwalt	1969
	2004	Danilo Clematide, lic. iur.	1960
	2008	Simon Krauter, lic. iur., Rechtsanwalt	1976
	2019	Madeleine Randacher, Dr. iur., Rechtsanwältin	1971
	2021	Christa Locher, lic. iur., Rechtsanwältin	1984

	<i>Amtsantritt</i>		<i>Geburtsjahr</i>
Ersatzmitglieder:	2010	Ruth Faller Graf, lic. iur., Rechtsanwältin	1969
	2015	René Hunziker, lic. iur., Rechtsanwalt	1971
	1992	Jürg Schlatter, lic. iur., Rechtsanwalt	1956
Leitender Gerichtsschreiber:	1998	Jörg Zehnder, lic. iur., Rechtsanwalt	1965
Gerichts- schreiberinnen/ Gerichtsschreiber:	2021	David Frischknecht, MLaw	1989
	2011	Andrea Keller, lic. iur., Rechtsanwältin	1978
	2008	Jürg Laager, lic. iur., Rechtsanwalt	1968
	2010	Monika Linder, lic. iur., Rechtsanwältin	1972
	2019	Marina Schächtle, MLaw, Rechtsanwältin	1985
	2021	Lars Vontobel, MLaw, Rechtsanwalt	1992

4.2. Personelles

Bei zwei Mitarbeitenden waren länger andauernde Arbeitsunfähigkeiten zu verzeichnen. Deshalb und um der grossen Pendenzenlast zu begegnen, wurden zeitlich befristet zusätzlich ein Gerichtsschreiber angestellt und Pensen von zwei Gerichtsschreibern leicht erhöht.

Die Beurteilung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erfolgte nach den kantonalen Richtlinien.

B. Untere externe Instanzen

1. Tätigkeit

1.1. Steuerrekurskommission

Zu Beginn des Jahres 2021 waren bei der Steuerrekurskommission gemäss Rechenschaftsbericht des Jahres 2020 87 Rekurse/Beschwerden pendent. Im Berichtsjahr wurden 233 (Vorjahr 209) Rekurse/Beschwerden anhängig gemacht. Von diesen insgesamt 320 Geschäften hat die Steuerrekurskommission im Jahr 2021 240 (Vorjahr 241) Entscheide eröffnet.

Am Ende des Berichtsjahres sind somit 80 Rekurse/Beschwerden pendent (Vorjahr 87). Davon stammen 2 Verfahren (sistiert, betrifft eine Partei) aus dem Jahr 2021.

Im Berichtsjahr führte die Steuerrekurskommission zwei Sitzungen (nicht öffentlich) durch. Dabei wurden insgesamt 4 Rekurse/Beschwerden behandelt.

Geschäftsgang nach Sachgebieten

Rekursgegenstand	Übertrag Vorjahr	Im Berichts- jahr eingegangen	Total	Erledigt	Pendent
Staats- und Gemeindesteuern (inkl. Quellensteuern)	29	106	135	97	38
Kapital- und Liquidationsgewinn- steuern	0	0	0	0	0
Liegenschaftenschätzung	2	6	8	7	1
Handänderungssteuern	0	0	0	0	0
Erbschafts- und Schenkungssteuern	0	0	0	0	0
Nach- und Strafsteuern	23	0	23	23	0
Direkte Bundessteuer	25	82	107	75	32
Verrechnungssteuern	0	0	0	0	0
Militärpflichtersatz	0	1	1	1	0
Ordnungsbussen	1	14	15	10	5
Grundstückgewinnsteuern	1	7	8	7	1
Liegenschaftensteuern	0	0	0	0	0
Steuerrechnungen	3	5	8	6	2
Steuererlass	3	6	9	9	0
Mehrwertabgabe	0	6	6	5	1
Total 2021	87	233	320	240	80
Total 2020	115	209	324	241	83
Total 2019	128	225	353	238	115

Art der Erledigung

Rekursgegenstand	Abschreibungen				Durch Entscheid erledigt				
	Gesamtzahl	Abschreibungsgrund			Anzahl	Inhalt der Entscheide			
		Anzahl	Rückzug	Anerkennung		Nichteintreten	Abweisung	Gutheissung	Teilweise Gutheissung
Staats- und Gemeindesteuern (inkl. Quellensteuern)	97	44	42	2	53	14	32	2	5
Kapital- und Liquidationsgewinnsteuern	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Liegenschaften-schätzung	7	1	1	0	6	1	3	0	2
Handänderungssteuern	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Erbschafts- und Schenkungssteuern	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Nach- und Strafsteuern	23	20	20	0	3	0	0	3	0
Direkte Bundessteuer	75	33	32	1	42	7	29	2	4
Verrechnungssteuern	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Militärpflichtersatz	1	0	0	0	1	0	0	0	1
Ordnungsbussen	10	5	4	1	5	4	1	0	0
Grundstückgewinnsteuern	7	1	0	1	6	0	6	0	0
Liegenschaftensteuern	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Steuerrechnungen	6	2	2	0	4	1	3	0	0
Steuererlass und Sicherstellungsverfügung	9	1	1	0	8	0	8	0	0
Mehrwertabgabe	5	4	4	0	1	1	0	0	0
Total 2021	240	111	106	5	129	28	82	7	12
Total 2020	241	98	77	21	143	29	95	11	8
Total 2019	238	108	85	23	130	27	80	17	6

Pendenzen

Pendenzen Ende Vorjahr (31.12.2020)	83
Zuzüglich vom VG zur Neubeurteilung zurückgewiesene Fälle	4
Im Berichtsjahr 2021 eingegangen	233
Total	320
Erledigte Fälle 2021	240
Pendenzen Ende 2021	80

1.2. Rekurskommission für die Gebäudeversicherung

Die Rekurskommission für die Gebäudeversicherung hielt im Jahre 2021 fünf Sitzungen ab (im Vorjahr eine). Die Anzahl der Rekurseingänge erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr von 8 auf 25. Woran das liegt, ist nicht nachvollziehbar. Von den 14 erledigten Rekursen konnten 14 zufolge Rückzugs bzw. Gegenstandslosigkeit abgeschrieben werden. Am Jahresende blieben 15 Geschäfte pendent.

Geschäftsgang nach Sachgebieten

Rekursgegenstand	Übertrag Vorjahr	Im Berichts- jahr eingegan- gen	Total	Erledigt	Pendent
Schadenvergütung	4	16	20	8	12
Gebäudeschätzung	0	4	4	3	1
Prämienrechnung	0	1	1	1	0
Versicherungswert	0	3	3	1	2
Wiederherstellungsfrist	0	1	1	1	0
Total 2021	4	25	29	14	15*
Total 2020	6	8	14	10	4
Total 2019	10	13	23	17	6

* Von den 15 Pendenzen stammen 14 aus dem Jahre 2021 und 1 aus dem Jahre 2020. Die Pendezen aus dem Jahre 2020 befindet sich beim Gerichtsschreiber zur Begründung.

Art der Erledigung

Rekursgegenstand	Abschreibungen				Durch Entscheid erledigt				
	Gesamt- zahl	Abschreibungsgrund				Inhalt der Entscheide			
		Anzahl	Rückzug/ Gegen- standslos	Wieder- erwä- gung	Anzahl	Nicht- eintreten	Abwei- sung	Gut- heissung	Teilweise Gutheis- sung
Schadenvergütung	8	8	8	0	0	0	0	0	0
Gebäudeschätzung	3	3	3	0	0	0	0	0	0
Prämienrechnung	1	1	1	0	0	0	0	0	0
Versicherungswert	1	1	1	0	0	0	0	0	0
Wiederherstellungs- frist	1	1	1	0	0	0	0	0	0
Total 2021	14	14	14	0	0	0	0	0	0
Total 2020	10	10	10	0	0	0	0	0	0
Total 2019	17	14	14	0	3	0	3	0	0

1.3. Rekurskommission für Strassenverkehrssachen

Zu Beginn des Geschäftsjahres 2021 waren bei der Rekurskommission für Strassenverkehrssachen 19 Rekurse pendent; im Berichtsjahr 2021 wurden 88 Geschäfte (Vorjahr 89) neu anhängig gemacht. Von diesen insgesamt 107 Geschäften wurden im Berichtsjahr 91 (Vorjahr 81) erledigt, sodass am Ende des Berichtsjahres noch 16 Rekurse pendent geblieben sind. Eine dieser Pendenzen stammt aus dem Jahr 2019 (Verfahren sistiert).

Die Rekurskommission für Strassenverkehrssachen des Kantons Thurgau ist im Berichtsjahr 2021 zu 13 Sitzungen zusammengekommen; in zwei Fällen wurde je eine öffentliche Parteiverhandlung durchgeführt.

Geschäftsgang nach Sachgebieten

Rekursgegenstand	Übertrag Vorjahr	eingegangene Rekurse	Total	Erledigt	Pendent
Auflagen im Führerausweis	1	9	10	9	1
Verwarnungen	1	2	3	2	1
Warnungsentzüge	1	10	11	11	0
Sicherungsentzüge	6	31	37	31	6
Kontrollschilderentzüge	1	21	22	19	3
Führerausweis auf Probe / Annullierung des Führerausweises	2	1	3	3	0
Aberkennung ausländischer Ausweise	2	3	5	5	0
Abklärung Fahreignung, Fahrkompetenz	2	3	5	3	2
Gebühren / Diverses	3	8	11	8	3
Total 2021	19	88	107	91	16*
Total 2020	11	89	100	81	19
Total 2019	15	73	88	83	5

*Bei einer Pendenz handelt es sich um ein sistiertes Verfahren aus dem Jahre 2019.

Art der Erledigung

Rekursgegenstand	Abschreibungen			Durch Entscheid erledigt				
	Gesamt- zahl	Wiederer- wägung	Rück- züge	andere Gründe	Nicht- eintreten	Ab- weisung	Gut- heissung	Teilweise Gutheissung
Auflagen im Führerausweis	9	3	2	1	0	2	1	0
Verwarnungen	2	0	1	0	1	0	0	1
Warnungsentzüge	11	0	1	0	6	2	1	3
Sicherungsentzüge	31	1	5	0	4	16	2	0
Kontrollschilderentzüge	19	0	4	1	12	2	0	0
FüA Probe / Annullierung des FüA	3	0	1	0	1	1	0	0
Aberkennung ausländischer Ausweise	5	0	1	1	1	2	0	0
Abklärung Fahreignung, Fahrkompetenz	3	0	1	1	0	1	0	0
Gebühren / Diverses	8	0	4	0	3	1	0	0
Total 2021	91	4	20	4	28	27	4	4
Total 2020	81	2	25	2	19	24	4	5
Total 2019	83	3	12	2	12	45	4	5

1.4. Rekurskommission für Landwirtschaftssachen

Geschäftsgang nach Sachgebieten

Rekursgegenstand	Übertrag Vorjahr	Im Berichtsjahr eingegangen	Total	Erledigt	Pendent
Bäuerliches Bodenrecht	2	11	13	8	5
Total 2021	2	11	13	8	5
Total 2020	4	2	6	4	2
Total 2019	4	6	10	6	4

Art der Erledigung

Rekursgegenstand	Gesamt- zahl	durch Ab- schreibung	E r l e d i g u n g e n durch Entscheid				
			Anzahl	Nichtein- treten	Abweisung	Gut- heissung	Teilweise Gutheissung
Bäuerliches Bodenrecht	8	4	4	0	0	3	1
Total 2021	8	4	4	0	0	3	1
Total 2020	4	1	3	1	2	0	0
Total 2019	6	4	2	1	1	0	0

1.5. Enteignungskommission

Geschäftsgang nach Sachgebieten

Rekursgegenstand	Übertrag Vorjahr	Im Berichtsjahr eingegangen	Total	Erledigt	Pendent
Materielle Enteignung	1	7	8	0	8
Formelle Enteignung	2	0	2	1	1
Total 2021	3	7	10	1	9
Total 2020	4	0	4	1	3
Total 2019	4	0	4	0	4

Art der Erledigung

Rekursgegenstand	Gesamt- zahl	durch Ab- schreibung	E r l e d i g u n g e n durch Entscheid				
			Anzahl	Nichtein- treten	Abweis- ung	Gut- heissung	Teilweise Gutheissung
Materielle Enteignung	0	0	0	0	0	0	0
Formelle Enteignung	1	1	0	0	0	0	0
Total 2021	1	1	0	0	0	0	0
Total 2020	1	0	1	0	1	0	0
Total 2019	0	0	0	0	0	0	0

1.6. Personalrekurskommission

Geschäftsgang nach Sachgebieten

Rekursgegenstand	Übertrag Vorjahr	Eingänge	Total	Erledigt	Pendent
Beendigung Dienstverhältnis	5	8	13	7	6
Besoldung/Einstufung/Pensum	1	8	9	7	2
Diverse	2	11	13	6	7
Total 2021	8	27	35	20	15
Total 2020	4	14	18	10	8
Total 2019	7	25	32	28	4

Art der Erledigung

Rekursgegenstand	Gesamt- zahl	durch Ab- schreibung	E r l e d i g u n g e n durch Entscheid				
			Anzahl	Nichtein- treten	Abweis- ung	Gut- heissung	Teilweise Gutheissung
Beendigung Dienstverhältnis	7	3	4	0	1	3	0
Besoldung/Einstufung/Pensum	7	2	5	0	3	1	1
Diverse	6	2	4	2	1	0	1
Total 2021	20	7	13	2	5	4	2
Total 2020	10	5	5	1	2	1	1
Total 2019	28	11	17	2	6	6	3

**Herkunft der erledigten Rekursfälle /
Übersicht der Vorinstanzen**

	2021	2020	2019
Kantonale Amtsstellen	5	3	11
Departemente / Staatskanzlei	0	0	1
Politische Gemeinden	4	2	3
Schulgemeinden	9	4	8
Höhere Schulen	1	1	4
Diverse	1	0	1
Total	20	10	28

2. Besetzung (Stand 31. Dezember 2021)

2.1. Steuerrekurskommission

	<i>Amtsantritt</i>		<i>Geburtsjahr</i>
Präsidentin:	1996	Thür Brechbühl Suzanne, lic. iur., Rechtsanwältin	1962
Vizepräsident:	2016	Friedrich Gerd, Eidg. dipl. Steuerexperte	1958
Mitglieder:	2015	Badertscher Heinz, Eidg. dipl. Steuerexperte	1966
	2006	Hess Jürg, Landwirt	1965
	2010	Canal Renato, lic. iur.	1959
Ersatzmitglieder:	2020	Bilgeri Debora, lic. iur., Rechtsanwältin	1974
	2020	Meili Peter, lic. iur.	1981
	2020	Brülisauer Peter, Dr. iur., dipl. Steuerexperte	1965
Gerichtsschreiberinnen:		Zingre Kläusli Yvonne, lic. iur. Rechtsanwältin	1970
		Weber Isabelle, MLaw	1989
Gerichtsschreiber:		Baumann Stefan, MLaw	1987

2.2. Rekurskommission für die Gebäudeversicherung

	<i>Amtsantritt</i>		<i>Geburtsjahr</i>
Präsident:	2008	Nater Lukas, lic. iur., Rechtsanwalt	1959
Vizepräsident:	2012	Huber Cyrill, Bauführer/Bauleiter	1963
Mitglieder:	2012	Fischer Konradin, dipl. Bauingenieur ETH/SIA	1961
	2020	Jaeger Marcel, Geschäftsführer	1981
Gerichtsschreiber:		Kumschick Dominik, lic. iur. HSG, Rechtsanwalt	1970

2.3. Rekurskommission für Strassenverkehrssachen

	<i>Amtsantritt</i>		<i>Geburtsjahr</i>
Präsident:	2020	Canal Renato, lic. iur.	1959
Vizepräsidentin:	2016	Meyer Schuster Danielle, lic. iur., Rechtsanwältin	1973
Mitglieder:	2013	Müller Hugo, Fahrlehrer	1959
	2016	Klein Christa, Kauffrau	1967
	2020	Baumann Christof, Dipl. Ing. Architekt FH/SIA	1967
Gerichtsschreiber:		Wohnlich Peter, lic. iur., Rechtsanwalt	1984
		Mohr Nicolas, lic. iur., Rechtsanwalt	1985

2.4. Rekurskommission für Landwirtschaftssachen

	<i>Amtsantritt</i>		<i>Geburtsjahr</i>
Präsident:	2004	Dünner Peter, lic. iur. HSG, Rechtsanwalt	1967
Vizepräsident:	2012	Hess Jürg, Landwirt	1965
Mitglieder:	1996	Henauer-Labhart Kurt, Landwirt	1958
	2008	Meyer Andreas, Landwirt	1961
Ersatzmitglied:	2012	Marti Ueli, Landwirt	1981
Gerichtsschreiber:		Müller Dorian, lic. iur., Rechtsanwalt	1983

2.5. Enteignungskommission

	<i>Amtsantritt</i>		<i>Geburtsjahr</i>
Präsident:	2016	Dünner Peter, lic. iur. HSG, Rechtsanwalt	1967
Vizepräsident:	2012	Büchel Peter, Architekt HTL	1968
Mitglieder:	2008	Eberle Benedikt, dipl. Bauingenieur FH	1961
	2016	Wirz-Huber Franziska, akkreditierte Schätzungsexpertin	1977
Ersatzmitglieder:	2020	Marti Ueli, Landwirt	1981
Gerichtsschreiber:		Müller Dorian, lic. iur., Rechtsanwalt	1983

2.6. Personalrekurskommission

	<i>Amtsantritt</i>		<i>Geburtsjahr</i>
Präsidentin:	2016	Zahnd-Rossi Fabienne, M.A. HSG, Rechtsanwältin, Leitende Gerichtsschreiberin	1984
Vizepräsidentin:	2004	Dahinden Regula, Schulpflegerin	1963
Mitglieder:	2020	Kobi Marius, lic. iur., Rechtsanwalt, Leiter Rechtsdienst Staatskanzlei des Kantons Thurgau	1976
	2004	Wettstein Aurelio, Personalchef a.D.	1949
Ersatzmitglieder:	2008	Schenkel Jürg, Schulpräsident a.D.	1952
	2004	Thalmann Markus, Gemeindepräsident a.D.	1957
Gerichtsschreiberin:		Meienberg Katharina Mag. Jur., LL.M. Rechtsanwältin	1991
Gerichtsschreiber:		Birguel Ahmet, M.A. HSG, Rechtsanwalt, Staatsanwalt	1981